



Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Brief aus Berlin 14/2012
Oktober 2012 (2)

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche besuchten mich zwei Schüler aus meinem Wahlkreis in Berlin. Lisa-Marie aus Weimar und Adrian aus Erfurt schreiben beide voneinander getrennt ihre Seminarfacharbeit über die Aufgaben und Funktionen des Deutschen Bundestages.

Der Einblick vor Ort veranschaulicht die Arbeitsweise des Parlamentes noch einmal mehr als die reine Lektüre von Büchern und Informationsmaterialien. Aus diesem Grund bekamen Lisa-Marie und Adrian neben einer Führung durch das Reichstagsgebäude auch die Möglichkeit zu einem ausführlichem Interview mit mir. Zudem konnten sie die Arbeit des Parlamentes live bei Arbeitsgruppen- und Fachausschusssitzungen beobachten.

Für ihre Seminarfacharbeit und ihren baldigen Schulabschluss wünsche ich Lisa-Marie und Adrian viel Erfolg.

Herzliche Grüße,
Ihre Antje Tillmann



Adrian, Lisa-Marie und Antje Tillmann auf der Fraktionsebene des Bundestages

Immer weniger Kinder im Hartz IV-Bezug

Lebten 2010 bundesweit noch 19,8 Prozent der Kleinkinder in Familien mit ALG-II-Bezug, so waren es 2011 nur noch 18,2 Prozent. Diese Zahl ist zwar immer noch zu hoch, aber seit der ersten Analyse im Jahr 2008 ist die Zahl der Kinder im Hartz-IV-Bezug kontinuierlich gesunken. (Quelle: Bertelsmann-Stiftung)

Steuerabkommen mit Alpennachbarn

Abkommen mit der Schweiz über Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt

Kern des Ratifizierungsgesetzes ist die Absicherung der Besteuerung deutscher Kapitalvermögen in der Schweizerischen Eidgenossenschaft. Allein in der Nachbesteuerung wird ein Ergebnis von 10 Mrd. € angenommen. Weitere Bestandteile des Abkommens sind die Erfassung von künftigen Kapitalerträgen über eine Abgeltungsteuer entsprechend dem in Deutschland geltenden Steuersatz und die Regelung des Informationsaustausches. Ohne diese grundlegende und systematische Neuregelung würden säumige Zahler nicht umfassend erfasst und nachbesteuert. Somit bliebe Steuergerechtigkeit zufälligen Fahndungserfolgen nach Ankauf von illegal beschafften Daten-CDs überlassen.

Doppelbesteuerungsabkommen mit Liechtenstein

Mit der 2./3. Lesung wurde ebenfalls ein Doppelbesteuerungsabkommen mit dem Fürstentum Liechtenstein beschlossen, das den international üblichen Regelungen folgt.

Doppelbesteuerungen stellen bei grenzüberschreitender wirtschaftlicher Betätigung ein erhebliches Hindernis für Handel und Investitionen dar. Durch das Abkommen werden derartige steuerliche Hindernisse zur Förderung und Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Fürstentum abgebaut. Hervorzuheben ist, dass das Abkommen über das geltende Steuerinformationsaustauschabkommen hinaus auch einen spontanen und automatischen Austausch von Informationen in Steuersachen enthält.

Mehr Netto vom Brutto

Mit der Senkung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung von 19,6 auf 18,9 Prozent ab dem 1. Januar 2013 wird jeder Arbeitnehmer mehr von seinem hart erarbeiteten Geld für sich und seine Familie behalten. Zudem werden die Arbeitgeber entlastet, was Spielraum für Wachstum und Beschäftigung schafft. Der finanzielle Rahmen dieser Maßnahme beträgt mehr als 6 Mrd. € jährlich.

Jahressteuergesetz 2013 verabschiedet

Freiwilligendienste

Das Jahressteuergesetz sieht u.a. Verbesserungen bei den Freiwilligendiensten vor. Der Grundwehrsold in Höhe von 350 € beim freiwilligen Wehrdienst ist künftig steuerfrei. Auch nicht mehr der Besteuerung unterliegen wird das bei den Jugendfreiwilligendiensten gezahlte Taschengeld.

Bildungsleistungen

Bei der Besteuerung von Bildungsleistungen ändert sich nichts. Der Gesetzentwurf sah eine Unterscheidung vor zwischen Leistungen, die der Bildung, der Freizeit oder beidem dienen. Sowohl für Musik-, Tanz- und Ballettschulen als auch für gewerbliche Fortbildungsanbieter ist der Verzicht auf die Neuregelung eine erfreuliche Nachricht.

Gemeinnützigkeit

Auch bei der steuerlichen Anerkennung von gemeinnützigen Organisationen wird es beim bisherigen Recht bleiben. Die oft ungenau und von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich abgefassten Verfassungsschutzberichte werden für die Finanzämter nicht verbindlich gemacht. Die Finanzämter können weiterhin eigene Prüfungen vornehmen, der Verein kann weiter vor dem Finanzgericht gegen eine Aberkennung der Gemeinnützigkeit klagen. Gleichzeitig wird die Innenministerkonferenz gebeten, für Verfassungsschutzberichte zu sorgen, die den Finanzämtern eine sicherere Entscheidungsgrundlage liefern.

Energie

Die Koalition baut Wettbewerbsnachteile für Elektro- und Brennstoffzellenfahrzeuge ab. Im Rahmen der Dienstwagenbesteuerung wird der Listenpreis als Grundlage der Besteuerung um die Kosten des Batteriesystems bereinigt. Einen weiteren Beitrag zur Nutzung umweltschonender Energien leistet die neue Aufteilung der Gewerbesteuer zwischen Betreiber- und Standortgemeinden von Solaranlagen. Künftig wird die Gemeinde, in der sich die betriebenen Anlagen, aber keine Verwaltung befindet, an der Gewerbesteuer beteiligt. Vielen Kommunen wird so die Genehmigung neuer Anlagen spürbar erleichtert. Bisher gilt diese Art der Aufteilung nur für Windkraftanlagen.

Reform des Sorgerechts bei nicht verheirateten Eltern

Kinder haben ein Recht auf Mutter und Vater. Deshalb sollen durch das „Gesetz zur Reform der elterlichen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern“ die Voraussetzungen für die Übertragung der gemeinsamen Sorge grundlegend reformiert werden.

Bisher hat der Vater eines nichtehelichen Kindes keine Möglichkeit, die elterliche Sorge zu erlangen, wenn die Mutter ihre Zustimmung hierzu verweigert. Sowohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte als auch das Bundesverfassungsgericht erachten dies als unvereinbar mit der Elternverantwortung des Vaters.

Die Sorge für das Kind wird weiterhin zunächst bei der Mutter liegen, sofern keine gemeinsame Sorgerechtsklärung vorliegt. Das Familiengericht soll jedoch die gemeinsame Sorge im Regelfall übertragen, wenn dies dem Kindeswohl nicht widerspricht. Damit können Väter die gemeinsame Sorge auch gegen den Willen der Mutter erhalten.

Sozialversicherung weiter mit Überschuss

Vor allem durch die wachsende Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter verzeichnet die Sozialversicherung im 1. Halbjahr 2012 einen Überschuss von 4,9 Mrd. €. Die Einnahmen stiegen auf 262 Mrd. €. Auch die Einnahmen der Rentenversicherung erhöhten sich um 2,0 Prozent auf 126,6 Mrd. €, während die Ausgaben nur um 1,2 Prozent auf 125,6 Mrd. € anwuchsen.

Geschuldet der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt weist die Bundesagentur für Arbeit im 1. Halbjahr 2012 einen Überschuss von 18 Mrd. € auf. Auch die Gesetzliche Krankenversicherung konnte einen Überschuss von 2,2 Mrd. € erwirtschaften.

Lediglich bei den Sozialen Pflegeversicherungen gab es ein Finanzdefizit von 0,1 Mrd. €.

Großelterndienst Erfurt im Bundestag

Als kleines Dankeschön für Ihr Engagement besuchte „Der Großelterndienst Erfurt“ den Deutschen Bundestag. Neben dem Blick hinter die Kulissen des Politikalltags nutzen die Senioren die Reise zu einem Erfahrungsaustausch mit dem Berliner Großelterndienst und einer Referentin des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Impressum

Antje Tillmann MdB

antje.tillmann@wk2.bundestag.de

Redaktion: Sören Grumptmann, 26. Oktober 2012